

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 16865.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inseratenkosten für die sieben-gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 12. Januar.

Die Discussion über das neue Socialistengesetz hat, so lange der materielle Inhalt der Vorlage nur aus Andeutungen bekannt ist, in der Hauptsache nur die Bedeutung einer Stellungnahme zu den Prinzipienfragen. In der conservativen Presse sind zwar hier und da Bedenken gegen den Vorschlag der Expatriirung laut geworden, aber von einem offenen Widerpruch gegen einen solchen Vorschlag ist bisher nichts zu verspüren. Auf der anderen Seite haben sich nationalliberale Stimmen bisher nicht für die Zulässigkeit der Expatriirung ausgesprochen; die Zurückhaltung eines Theiles der Presse, welche das Bekanntwerden der Begründung abwarten will, hat wohl mehr taktische Bedeutung. Am ungünstlichsten wird sich nach erfolgter Vorlegung des Gesetzes die Stellung derer herausstellen, welche zwar die Expatriirung ablehnen, dagegen die Internirung für discutable erachten, vorausgesetzt, daß die Angabe sich bestätigt, die neue Vorlage habe unter gewissen Voraussetzungen auch die Internirung in Aussicht genommen. Was dagegen die Verlängerung des Gesetzes auf fünf Jahre betrifft, so scheint dieser Vorschlag in conservativen Kreisen nicht auf Widerspruch zu stoßen, während allerdings die Nationalliberalen gehörter Ansicht sind. Hr. v. Bennigsen, so behauptet der „Hann. Courier“, ist gegen die Verlängerung auf 5 Jahre, während die „Aöln. Itg.“, die hier wohl den Spuren des Herrn Marquardsen folgt, die Verlängerung auf 5 Jahre als zweifellos ansieht.

Auffälliger Weise wendet sich jetzt auch die freiconservative „Post“, die sonst keine Gegner der fünf Jahre ist, gegen die Auffassung der „Nat.-lib. Corr.“, daß, wenn erst die fünfjährige Legislaturperiode Gesetz sei, die Verlängerung des Socialistengesetzes auf 5 Jahre die Beschlussfassung des Reichstags innerhalb jeder Legislaturperiode nicht ausschließe. Die Verquickung dieser beiden Fragen weist das conservative Blatt mit einer hingänglich verständlichen Wendung schon „aus tak-tischen Gründen“ ab. Das Hauptgewicht aber legt sie darauf, man dürfe durch die in Rüde stehende Verquickung der Dauer der Legislaturperioden und derjenigen des Socialistengesetzes kein Präcedens schaffen, auf welches sich bei einer etwaigen Erneuerung des Septennatsgesetzes die freisinnige Partei und das Centrum stützen könnten, um die Feststellung der Friedenspräsenzzeit auf die Dauer einer Legislaturperiode, also auf 5 Jahre zu verlangen. Das bestehende Septennatsgesetz läuft am 31. März 1895 ab, so daß die Erwägungen der „Post“ für denjenigen, der sonst damit einverstanden ist, daß die Vollmachten des Socialistengesetzes bis zum 30. September 1893 in den Händen des Herrn v. Puttkamer gut aufgehoben sind, nicht gerade sehr überzeugend sein dürften.

Ausschlaggebend ist ancheinend das nur im Vorbeigehen erwähnte taktische Bedenken. Man fürchtet die Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre mit dem Odium der fünfjährigen Verlängerung des Socialistengesetzes zu belasten.

## Abg. Rickert vor seinen Wählern.

Wie schon in der heutigen Morgen-Ausgabe erwähnt ist, hat vorgestern Abend der Abg. Rickert in einer großen Versammlung in Brandenburg vor seinen Wählern Bericht erstattet und dabei unter lebhafter Zustimmung der Versammelten die gesamt-politische Situation einer Beleuchtung unterzogen. Bezuglich des Antrages der Cartellparteien wegen Verlängerung der Legislaturperioden be-

merkte Redner: Das Vorgehen der Nationalliberalen, gerade in der jetzigen Lage eine Schwächung und Verminderung der Volksrechte im Verein mit den Conservativen und aus eigener Initiative und trotz der Erklärungen vor der Wahl durchzusetzen, sei völlig unbegreiflich und wohl ohne Beispiel in der Geschichte constitutioneller Staaten. Sei denn die Theilnahmlosigkeit großer Schichten der Bevölkerung in den wichtigsten Fragen der Gesetzgebung, wie sie jetzt auf der Tagesordnung ständen, noch nicht groß genug? Das allgemeine, direkte, gleiche Wahlrecht könnte nur dann segensreich wirken, wenn die Bevölkerung mit dauernder Theilnahme den Aufgaben der Gesetzgebung folge. Dreijährige Wahlperioden seien, jumal gegenüber dem Auflösungsrecht der Regierung, lang genug. Gehr eigentlich sei es, wenn die Cartellparteien über die Heftigkeit des Wahlkampfes klagen. Das geschehe seitens derselben Männer, die in dem letzten Wahlkampf an Leidenschaftlichkeit der Angriffe gegen ihre politischen Gegner und an Überreibungen alles bisher Geleisteten weit übertrafen hätten. Für die in ihrer Tragweite leider noch nicht genug gewürdigte Alters- und Invalidenversicherung verlangte Redner dringend die eingehendste öffentliche Discussion in den weitesten Kreisen. Die Leichtigkeit, mit der man jetzt vielfach über die schwierigsten Probleme binnengkomme, sei wahrhaft staunenswert. Hoffentlich werde man wenigstens zur Prüfung dieser Vorlage die erforderliche Zeit lassen. Zum Schlus sprach Herr Rickert die Beschlüsse des St. Gallener socialdemokratischen Congresses und ein an die Arbeiter von Brandenburg und Westphalland gerichtetes socialdemokratisches Neujahrs-Flugblatt, in welchem zur Freude der conservativen Presse gerade die freisinnige Partei auf das heftigste bekämpft und mit ungeraden Vorwürfen überhäuft werde. Jeder Unbesangene müsse fragen, was der Erfolg sein könnte, wenn die Arbeiter vorzugsweise gegen die Partei aufgebracht werden sollten, welche für die Aufrechterhaltung der freiheitlichen Errungenheiten und gegen eine die Armeren und Schwächeren vorzugsweise betreffende Steuer- und Wirtschaftspolitik kämpft. Wer solches thue, wer gar noch, wie in dem Flugblatt geschehe, den Arbeitern empfehle, sich der Wahl zu enthalten, der fördere nicht die Interessen der Arbeiter, sondern diejenigen der Reaction. Redner wies dies an dem Gang der Gesetzgebung während der letzten Decennien und an den Folgen der Wahlnahme der Demokratie von 1849 nach und schloß mit einem warmen Appell an die anwesenden Arbeiter, daß sie im Interesse der freiheitlichen Entwicklung und ihrer eigenen Zukunft solche schwere Fehler nicht begehen würden.

Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu dem Vortrage durch anhaltenden lebhaften Beifall kund, so daß Herr Ewald, der im Februar 1887 als socialdemokratischer Gegencandidat aufgestellt war, erst nach längerer Zeit sich zum Worte melden konnte. Herr Ewald vermied es, auf die letzten Ausführungen des Abg. Rickert einzugehen, und beschränkte sich auf die wiederholt seit 6 Jahren in den Versammlungen gemachten Vorwürfe gegen die Freisinnigen wegen deren Verhaltens bei der Verlängerung des Socialistengesetzes. Seine Ausführungen wurden insbesondere auf den Galerien von den Socialdemokraten mit lebhaftem Beifall begleitet. Während die erste Rede des Herrn Rickert keinerlei Störungen erfahren hatte, wurde der selbe bei den nun folgenden Erwiderungen auf die Ausführungen des Herrn Ewald fortgesetzt so heftig unterbrochen

dass Damen und Herren das Kostüm der Zeit, in der das Stück gedacht ist, des zweiten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts, angelegt hatten. — Wie schon erwähnt, wird Frau Müller-Fabricius, die Mutter des Herrn Victor Müller-Fabricius, während ihres hiesigen Aufenthalts noch einmal aufzutreten. Es wird dies am nächsten Montag, den 18. d. M., zum Benefiz ihres Sohnes in dem Rosen-Lustspiel „O, diese Männer!“ geschehen, in einer Partie, die manchem älteren Theaterbesucher als eine ihrer besten in Erinnerung sein wird. Frau Müller-Fabricius will sich bei dieser Gelegenheit definitiv von der Bühne verabschieden, an der sie schon seit einigen Jahren ihre regelmäßige Thätigkeit eingestellt hat.

## Das Frack-Fiasco im Berliner Opernhaus.

Der erste der neuen „Gesellschaftsabende“ im königlichen Opernhaus in Berlin, welcher am Montag mit der „Walküre“ inscenirt war, ist völlig misglückt. Man schreibt darüber der „Bresl. M.-Itg.“: Es war nahezu der neue Tag, als das Publikum des Opernhauses die erste Vorstellung der Gesellschafts-Abende verließ. Am Montag Abend begann die Vorstellung; als die letzte Lampe verlösch, war es bereits Dienstag. Und das war so gekommen: da man dem Publikum, dem man großen Toilettenluxus anempfohlen, doch Zeit lassen mußte, sich anzukleiden, so begann die Frack-Vorstellung erst um halb acht Uhr; da man für die erhöhten Ausgaben und als Lockmittel etwas Besonderes bieten mußte, so wurde eine „große Oper“ angesetzt. Große Opern aber haben die Eigenschaft lange zu dauern, besonders die Wagnerischen, und so wähnte denn die Walküre bis nahezu Mitternacht.

Herr Graf Hochberg aber hat gegen seine Erwartung an diesem ersten Abend eine große und erfreuliche Niederlage erlitten. Das Publikum hat einfach gestreikt. Es hat zunächst sich fern gehalten: noch nie zuvor war es vorgekommen, daß bei der Walküre ganze Reihen leer geblieben waren, und von dem erstaunten Publikum nahmen die Damen fast vollständig in der üblichen Theater-

und gestört, daß er schließlich darauf verzichtete, Herrn Ewald eingehender zu antworten, und es den anwesenden Arbeitern selbst überließ, über das Vorgehen der Stören zu urtheilen. Nach einer kurzen Ansprache und einem Hoch auf den Abg. Rickert schloß der Vorsitzende, Herr Carl Blaß die Versammlung, in welcher, wie der „Lib. Correspondent“ von verschiedenen Theilnehmern berichtet wird, ein großer Theil der anwesenden Socialdemokraten die herbeigeführten Störungen sehr entschieden mißbilligte.

## Wünsche und Stimmungen zur Orientfrage.

Dass angesichts des bevorstehenden russischen Neujahrstages (13. Januar) in der Presse die Hoffnung auftaucht, Kaiser Alexander werde diese Gelegenheit zu einer Kundgebung im Sinne des Friedens benutzen, kann bei dem dringenden Wunsche nach einer weiteren Klärung der Weltlage nicht weiter überraschen; aber dazu würde doch etwas mehr erforderlich sein, als Versicherungen friedlicher Absichten. Eine dauernde Befestigung der internationalen Beziehungen würde die Lösung des bulgarischen Räthsels voraussetzen, an der seit der Anwesenheit des Zaren hinter den Coulissen gearbeitet wird, ohne daß bisher greifbare Erfolge vorliegen. Was der „Figaro“ neuerdings über die russischen Forderungen bezüglich Bulgariens bringt, ist natürlich nur mit sehr kritischen Augen zu betrachten. Der „Figaro“ behauptet, die russischen „Bedingungen“ seien in Paris seit dem 8. Januar bekannt und man dürfe keinen Zweifel hegeln, daß sie wirklich gefährlich seien:

1) Sofortige Abreise des Prinzen von Coburg; 2) Wahl eines neuen Fürsten durch eine eigens für diesen Akt ernannte Sobranie; 3) Verpflichtung des neuen Fürsten, der griechisch-katholischen Kirche anzugehören; 4) Zurückberufung des früher in der bulgarischen Armee angestellten gewesenen russischen Offiziere; 5) Ernennung eines russischen Generals zum bulgarischen Kriegsminister.

Ob die Befestigung des Fürsten Ferdinand, die selbstverständliche Voraussetzung jeder Lösung, so nahe in Aussicht steht, wie angedeutet wird, ist schwer zu beurtheilen. Der Wiener „Times“-Correspondent hat sich in diesen Tagen bemüht, die Erwartung, Fürst Ferdinand werde einem bezüglichen Verlangen Europas nachgeben, als eine grundlose Nachzuweisen, und sich dabei auf seine Kenntniß der Person des Fürsten beruhen. Indessen kommt doch auch er zu dem Schlus, Ferdinand werde seiner Platz räumen, wenn die Großmächte sich über einen Kandidaten verständigen, der auch Aussicht habe, von den Bulgaren akzeptiert zu werden.

Offenbar ist die Verständigung der Großmächte die Haupfsache. Fürst Ferdinand würde trost seiner hohen Vorstellung von der Bedeutung seiner Mission sehr bald erlahmen, wenn er zu der Überzeugung gelange, daß er von keiner der Mächte etwas zu erwarten habe. Daran hat es bisher bekanntlich gefehlt. Auf der anderen Seite wird die Zustimmung der Bulgaren voraussichtlich nur zu erlangen sein, wenn dieselben Garantien dafür erhalten, daß der neue Fürst keine russische Puppe ist. Wird aber Russland einen anderen Fürsten zulassen?

Aus London wird der offiziösen „Pol. Corr.“ geschrieben, daß von Verhandlungen, sei es der Cabinette im allgemeinen, sei es einzelner Regierungen, welche die bulgarische Frage zum Gegenstande hätten, auch in dortigen diplomatischen Kreisen noch immer nichts bekannt sei und daß die in verschiedenen Blättern aufgetauchten Meldungen für Fühlungsversuche gelten, zum Theile vielleicht diplomatischer, überwiegend aber rein

toilette, von den Herren sehr viele im Gehrock, Jaguet und gar im Leibrock Platz. Allerdings war auch der Frack vertreten; aber bei weitem nicht so allgemein, wie man erwartet hatte, und von festlichem Glanz war nicht das Geringste zu sehen. Allerdings war auch seitens des Hauses selbst nichts geschehen, um ihn zu erhöhen. Weder brannten die Extrakronen an den Brüstungen des ersten Ranges, noch waren Läufer gelegt, um den Damen Schönung etwas leichter zu ermöglichen. Daß die „Walküre“ bei verfinstertem Hause gespielt wird, von den Toiletten also nichts zu sehen ist, das hat wohl keinen Einfluß auf die Ablehnung des Publikums. Sie entsprang aus anderen Gründen und dokumentierte sich hauptsächlich darin, daß der Moment, den sich Graf Hochberg als den schönsten des ganzen Abends gedacht hatte, die Promenade im Foyer, ganz in's Wasser fiel: im Zwischenact verließ, gegen die Gewohnheit, niemand seinen Sitze: der schöne Promenadenraum blieb verödet. Der erste Abend war, in dünnen Worten, ein volles Fiasco. Der zweite Abend aber wird es in noch erhöhtem Maße sein. Zunächst pflegt bei Neuerungen der erste Eindruck ein entscheidender zu sein. Es fühlt so leicht niemand, der nicht ein gewaltiger Gesellschafts-Freg ist, das Bedürfnis, eine verlorene Sache zu retten. Auch gutes Beispiel wirkt ansteckend, und die Enthusiasmus der „Gesellschaft“ am ersten Abend wird weiter wirken. „Ja“, so kommen aber schon heute die sehr dünn gesetzten Verehrer der Frack-Abende, „die Sache war falsch angefangen. Nicht eine große Oper muß man geben, sondern eine kurze. Die Oper selbst muß Nebensache sein, die Unterhaltung bleibt die Haupfsache. Man muß nicht mit schwerem musikalischen Geschütz anrücken u. s. w.“ Wenn dieser Versuch gemacht werden sollte, dann wird die Revue erst losgehen. Dann streiken die Künstler. Wie, ein deutscher Künstler soll singen, damit die Zuhörer besser plaudern können? Es soll uns als Glasur dienen für eine blaßte Zuhörerschaft? Das fällt ihm garnicht ein, und dem Publikum fällt es noch viel weniger ein, dann

publicistischer Natur. Die tatsächlichen Vorgänge der jüngsten Wochen ließen sich dahin präzisieren, daß die russischen Vertretungen in verschiedenen Hauptstädten Europas wiederholten Anlaß genommen haben, die friedlichen Absichten Russlands und seinen Wunsch nach einer verständlichen Lösung des bulgarischen Problems zum Ausdruck zu bringen, welche Erklärungen überall dort, wo sie abgegeben wurden, Gegenversicherungen gleich friedlicher und versöhnlicher Art hervorriefen. „Info“ hierbei festgestellt wurde, daß eine europäische Lösung der bulgarischen Frage im Rahmen des Berliner Vertrages immer noch allseitig für erreichbar gilt und daß sie andauernd das Ziel der Bestrebungen aller Cabinete bildet, hat sich eine unverkennbare Besserung der Lage ergeben, welche indessen vorläufig nur in der Sphäre der Stimmungen zum Ausdruck kommt. Wenn nun einzelne publicistische Meldungen dies Ergebnis bereits zu Anregungen und Vorschlägen positiver Art verdichten möchten, so bleibe festzuhalten, daß solche zwar vielfach für nähergerückt gelten, als man noch vor kurzem annehmen durfte, ohne aber bisher durch irgend ein greifbares Anzeichen unmittelbar angekündigt zu sein.

Aus Sofia in Wien eingelaufenen Nachrichten zu folge wäre vorgestern in einer dortigen Vorstadt eine Verschwörung entdeckt und tausende von Proklamationen vorgefunden worden, welche die Bevölkerung zu einem allgemeinen Aufstande gegen den Prinzen Ferdinand von Coburg und die landesverrätherische Regierung auffordern. Als einziger Freund, Wohlthäter und Hersteller eines dauernden Friedens in Bulgarien wird Russland bezeichnet.

## Verfassungsconflict in Hessen.

Im Großherzogthum Hessen scheint sich, wie das „Frank. Journ.“ meldet, ein Verfassungsconflict zu verspitzen. Die Verfassungsurkunde für das Großherzogthum vom Jahre 1820 gewährt den Mitgliedern das Recht, während der Dauer des Landtages von jedem Arrest ohne Genehmigung der betreffenden Kammer frei sein zu dürfen. Nun haben sich bereits in früheren Jahren über die Auslegung dieser Bestimmung zwischen den Gerichten und der Kammer Meinungsverschiedenheiten herausgebildet. Die Kammer hat wiederholt das Gesetz dahin erläutert, daß auch die Strafvollstreckungshaft gegen ein Mitglied des Landtages ohne Zustimmung desselben nicht vollzogen werden darf, während das frühere Obergericht zu Mainz stets der entgegengesetzten Ansicht Ausdruck gab. Nunmehr ist die Frage abermals brennend geworden. Der socialistische Abgeordnete Joest ist wegen Geheimbündelei zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt worden und erhielt die Aufforderung zum Strafantritt unter Androhung der Verhaftung im Falle des Ungeschors. Der Abgeordnete hieß dies für eine Verletzung der Privilegien der Stände und richtete deshalb eine Beschwerde an das zuständige Landgericht nebst einem Protest an die Kammer. Das Landgericht hat nun die Beschwerde verworfen und dabei wiederum die Ansicht ausgesprochen, daß das in der Verfassungsurkunde den Kammermitgliedern gewährte Recht die Strafvollstreckungshaft nicht mitumfaßt. Ist nun das Oberlandesgericht der gleichen Ansicht und hält andererseits die Kammer an ihrer auch noch im vorigen Jahre kundgegebenen Meinung fest, so ist zwischen Justiz und Regierung einerseits und der Landesvertretung andererseits der Conflict ausgebrochen.

ins Theater zu gehen — dem Publikum außerhalb der für die Aristokratie reservirten Logen des 1. Ranges — denn wer zu Martha kurfürstlich und „en grande tenue“ geht, der beweist damit lediglich, daß die Höchtheit solcher Abende Gefallen erregt. Bei der großen Oper könnte noch der Vorwand gemacht werden, daß das Kunstwerk solchen Glanzes wert sei. Wenn vorher verkündigt wird, die Musik sei Nebensache, und es handle sich nur um eine Kleiderausstellung auf lebenden Gestalten, dann wird sich auch die innerlich blasphemische Besucherin hüten, öffentlich zuzugehen, daß sie sich in dieser Rolle wohl fühlt.

Warum aber war das Publikum am Montag nicht erschienen? Wie kommt es doch, daß — durch ein Versagen! — in der Mitte des ersten Ranges in großer Toilette eine Dame saß, deren Beruf es ehemals war, abgeogene Hasen und Rehkeulen an Feinschmecker zu verkaufen? Bei aller Achtung, die wir vor der ehrenwerten Dame und vor dem ehrenwerten Stande haben, dem sie angehört, die Hofgesellschaft mag sie gerade nicht als ebenbürtig betrachtet haben. Fast scheint es, als ob sich da jemand einen Scherz gemacht hat. Das Publikum blieb fort — und das ist nicht Vermuthung, sondern Thatsache, wie leicht nachweisbar ist, weil die Motivirung der Frack-Abende unsere gute bürgerliche Gesellschaft zur Staffage für die Hofgesellschaft degradirte. Dagegen empört sich selbst das conservativste Berliner Herz. Die Frau Professorin und die Frau Geheimräthlin, ja auch die Frau Bankdirektor empfinden es als eine Ärathnung, daß sie sich herausputzen sollen, damit Frau Gräfin auf ein ammuthiges Bild blicken könne. Die Männer aber zucken über die Junimuthung die Achseln und bleiben fort. Ich habe es gestern mit angesehen, daß ein vorzügliches Parquetbillett zur Oper 27 Personen gratis angeboten und ebenso oft zurückgeworfen wurde, bis es endlich verfiel. So wird es schließlich auch den Gesellschafts-Abenden gehen. Graf Hochberg hat entschiedenes Pech mit seinen Neuerungen.

## Die Affäre Wilson

verschlingt immer neue Opfer. Gestern ist, wie aus Paris telegraphiert wird, der Untersuchungsrichter Digneau durch ein vom „Journal officiel“ veröffentlichtes Decret seiner Funktionen als Untersuchungsrichter entbunden und dem obersten richterlichen Ratte zur Untersuchung und Aburtheilung überreichten worden, weil er bei der Untersuchung gegen Wilson und Frau Nattazzi wider das Gesetz und wider die Amtsehre gehandelt habe. Die Absetzung Digneaus ist nach der „Agence Havas“ hauptsächlich aus zwei Gründen erfolgt: Erstens habe Digneau mittelst Telephones mit Degrand, einem Mitangeklagten Wilson's, verkehrt und sich dabei für Wilson ausgegeben, um von Degrand vertrauliche Mitteilungen zu erhalten; zweitens habe er den Angeklagten Ribaudeau nach einem Verhöre desselben zum Früstück eingeladen.

Die Ermartung, daß von der Deputirtenkammer Wilsons Ausleseferung verlangt und die Verhaftung desselben angeordnet werden würde, hat sich bis jetzt noch nicht erfüllt.

## Die Pforte und die Suezconvention.

Wie aus Konstantinopel mit der letzten Post gemeldet wird, hat sich der türkische Ministerrat in den letzten Tagen fast ausschließlich mit der englisch-französischen Convention über den Suezkanal be beschäftigt, welche mit der Entfernung eines neuen Berichtes darüber an den Giulian befaßt, da das letzte Mazbata die kaiserliche Gunthaltung nicht gefunden hatte. Das neue Mazbata, welches nach allgemeiner Auffassung dem Willen des Herrschers entsprechen dürfte, wurde am 4. d. Mts. in den Palast gesendet. Sobald die Sanction erfolgt, wird die Pforte von ihren Beschlüssen, d. h. von den türkischerseits gewünschten Abänderungs-Vorschlägen an dem Conventions-Entwurfe, allen europäischen Cabineiten Mitteilung machen.

**Der Kampf zwischen Italienern und Abessyniern** steht unmittelbar bevor und schon die nächsten Tage und Stunden können Meldungen von blutigen Zusammenstößen überbringen. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Massaua vom 11. Januar telegraphiert: Nach Privatnachrichten befinden sich in Gura 25 000 berittene Gallas, denen 30 000 bis 40 000 Mann Fußtruppen folgen. Der Negus ist in Adua. Die in Ghinda stehenden Abessynier fällen alle Bäume längs der Straße, um sich vor Ueberrumpfung zu sichern.

**Die anarchistische Agitation** in Amerika ist nach den uns zugehenden Mitteilungen zur Zeit ziemlich intensiv. In New-York hat sich dieser Tage ein Comité deutscher ausgewiesener Socialisten und Anarchisten gebildet, um für die von den Socialdemokraten Deutschlands anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Socialisten-Gesetzes herauszugebende Denkschrift Material zu sammeln. An der Spitze des Comités steht ein gewisser R. Tiedt, der unseres Wissens Mitte der siebenjähigen Jahre in Berlin im socialdemokratischen Wahlcomite saß. Für die Hinterbliebenen der in Chicago hingerichteten Anarchisten werden Gelder gesammelt, aber die Hergabe von Geld ist immer eine schwache Seite der Anarchisten gewesen, und so sind erst wenige Dollar zusammen. Auch John Most läßt für einen Appellationsfonds für sich sammeln und hat schon 31 Dollar zusammengescharrt. — Die Leichen der in Chicago hingerichteten Anarchisten sind übrigens an einem der letzten Sonntage im Dezember in einer gemeinsame Gruft versenkt worden. Die Anarchisten benutzten diesen Anlaß zu einer Demonstration. Paul Grottkau, seiner Zeit in Berlin der Genosse Mosts, hielt eine geradezu bluttriefende Rede. Es wurde auch beschlossen, ein Denkmal den Anarchisten zu errichten, und sollen Concerte und Verlosungen, um Geld hierfür aufzubringen, stattfinden; auch Mosts Photographien sollen zu diesem Zweck verkauft werden. Viel wird dabei nicht herauskommen, denn trotz aller Anstrengungen und Schreiereien ist die Gefolgschaft Mosts auch in Amerika nur klein.

## Der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs.

Der Bundesrat hat sich, wie heute Morgen telegraphisch gemeldet worden ist, schon in seiner heutigen Sitzung mit dem Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs bezw. über die geschäftliche Behandlung dieses Gegenstandes zu befassen. Nachdem der Bericht des Vorsitzenden der Commission, Wirkl. Geh. Rath Pape, in seinem allgemeinen Theil gestern von uns bekannt gegeben ist, wollen wir in Nachstehendem mithören, was derfelbe über einzelne der in Folge der Einführung des Entwurfs noch erforderlich werdenden Nebengesetze bemerkt.

In erster Reihe steht das nach den Beschlüssen des Bundesrats vom 22. Juni 1874 von der Commission ausgearbeitete Einführungsgesetz. Dieses Gesetz ist insofern vorbereitet, als von jedem Redactor für den ihm zur Bearbeitung überwiesenen Theil des Gesetzbuchs und anlangend das Obligationenrecht von dem königlich württembergischen Landgerichtsrath Ege, unter Nachprüfung des königlich preußischen Geheimen Ober-Aufzugsrats Dr. Kurlbaum II. ein Vorentwurf nebst Motiven ausgearbeitet ist.

Aufgabe des Einführungsgesetzes wird sein, den Zeitpunkt zu bezeichnen, in welchem das bürgerliche Gesetzbuch in Geltung tritt, den räumlichen Geltungsbereich desselben zu bestimmen, den Begriff von Gesetz, sowie den einem Vorbehalt für die Landesgesetze beizuhaltenen Ginn zu verdeutlichen und die nur transitorischen, namentlich die auf die bestehenden oder noch schwebenden Rechtsverhältnisse sich beziehenden Rechtsnormen aufzustellen, dabei zugleich Vorsorge zu treffen, daß es in den Gebieten, deren bürgerlichem Rechte das dem Immobilarsachenrecht des Entwurfs zu Grunde liegende Grundbuchsystem bisher fremd geblieben ist, während der Zeit bis zur Anlegung der Grundbücher für den Immobilienverkehr anzurechnenden transitorischen Rechtsnormen nicht fehle. Sobald aber wird das Einführungsgesetz die Frage, inwiefern das bisher geltende materielle Privatrecht durch das bürgerliche Gesetzbuch verdrängt und aufgehoben werde, also in welchem Umfang das bürgerliche Gesetzbuch auf dem Prinzip der Codification beruhe, klar und bestimmt zu entscheiden haben. In dieser Hinsicht hat es auf der einen Seite Auskunft zu geben, inwiefern die bisherigen privatrechtlichen Reichsgesetze in Geltung bleiben, und betreffendfalls welche Änderungen und Ergänzungen sie erleiden, und auf der anderen Seite die privatrechtlichen Materien zu bezeichnen, in Betreff welcher das Landesrecht sei es vollständig, sei es innerhalb gewisser Schranken, mit der Maßgabe seine Geltung behauptet, daß auch neue Landesgesetze zulässig sind. In beiderlei Beziehung verdient zur richtigen Würdigung des Entwurfs Folgendes hervorgehoben zu werden:

a) Nach den Beschlüssen des Bundesrats vom 22. Juni 1874 soll das bürgerliche Gesetzbuch sich zunächst auf das Handelsrecht nicht erstrecken. In dieser Hinsicht ist bestimmt, daß nach Vollendung des bürgerlichen Gesetzbuchs das deutsche Handelsgesetzbuch der Revision durch eine besondere Commission zu unterziehen sei, über deren

Zusammensetzung die weiteren Anordnungen vorbehalten sind. Zugleich ist der späteren Prüfung und Entscheidung vorbehalten, ob nicht überwiegende Zweckmäßigkeit gründe es ratschließlich machen, verschiedene in das Handelsrecht einschlagende reichsrechtliche Specialgesetze, insbesondere die Wechselordnung, das Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die Seemannsordnung nebst anderen seerechtlichen Einzelgesetzen, die auf das Urheberrecht, das Patent-, Marken-, Dienstmarken-, Eisenbahn- und Bankwesen, unter Abschluß der Gewerbeordnung und von dem Post- und Telegraphenrecht, unverändert oder in einer mit dem übrigen Inhalt des Handelsgesetzbuchs übereinstimmenden Gestalt in das leichtere aufzunehmen, während das Versicherungsrecht, das Verlagsrecht und das Recht der Binnenschifffahrt bei der Revision des Handelsgesetzbuchs zu berathen und diesem jedesfalls einzubeleiben, dagegen die Rechtsnormen über die Inhaberpapiere schon bei der Berathung des bürgerlichen Gesetzbuchs festzustellen, vorbehaltlich der späteren Entscheidung, ob nicht die letzteren Rechtsnormen später in das Handelsgesetzbuch zu versetzen seien. Hieraus erklärt sich, daß der vorliegende Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs in folgender Weise abgespielt: Herr Graetz saß mit mehreren Freunden gemacht beim Glase und in einer Entfernung hatten sich einige Offiziere a. D. hochgestellt Beamte, niedergelassen. Da kommt das schon vorher wegen der Reichstags-Eröffnung angekündigte Extrablatt des „Sprockauer Wochenblatts“ mit einem ganz winzigen telegraphischen Auszuge aus der Thronrede. Herr Graetz liest denselben mit der Bemerkung: „Die Thronrede ist Quatsch!“ Sofort schwält einigen der Herren Beamten der Hamm, es entsteht ein erregter Wortwechsel, und obgleich der älteste anwesende Offizier a. D. sich erhebt und die Erklärung abgibt, daß Herr Graetz sein Urtheil nur auf das unbefriedigende Telegramm des Extrablattes begegnet hat, — Herr Graetz wird wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Der Fall erregt peinliches Aufsehen. Um so größer ist jedoch die Freude, daß auf Grund der Ergebnisse der stattgehabten Voruntersuchung eine Anklage wegen Beleidigung des Kaisers nicht erhoben werden kann.

b) In Gemäßheit der Beschlüsse des Bundesrats vom 22. Juni 1874 soll das bürgerliche Gesetzbuch nicht allein das öffentliche Recht mit Einschluß des Strafrechts und Prozeßrechts übergehen, sondern auch noch auf verschiedene andere, an sich, sei es ganz oder theilweise, dem Gebiete des Privatrechts angehörende Materien sich nicht erstrecken. Als solche Materien sind bezeichnet: das Bergrecht, das Lehnrecht, das auf die (ablösbar) Realläden sich beziehende Recht, das Erbungs- und Erbpastricht, das die Emphyteus betreffende Recht, das Recht der Stammgüter und Familien-Fideicommissa, das bürgerliche Güterrecht, das Forstrecht, Wasserrecht, Mühlerecht, Flößerecht, Fischereirecht, Jagdrecht, Deichrecht, Gießrecht, Baurecht (Nachbarrecht), Gemeintheitsleitungsrecht (Recht der Zusammensetzung der Grundstücke), Enteignungsrecht und Gesinderecht. Diese Materien sollen nach jenen Beschlüssen, vorbehaltlich gewisser Ausnahmen und Beschränkungen, dergestalt der Landesgesetzegebung überliefert bleiben, daß sowohl die bestehenden Rechtsnormen ihre Geltung behalten, als auch neue Rechtsnormen im Wege der Landesgesetzegebung ergehen können. Der vorliegende Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs befaßt sich daher im allgemeinen auch nicht mit den vorstehend genannten Materien, berührt sie vielmehr nur innerhalb enger Grenzen. Daß in Betreff derselben das Landesrecht unter gewissen Ausnahmen und Beschränkungen unberührt bleibt, wird, wie erwähnt, mit der erforderlichen Scharfheit im Einführungsgesetz bestimmt werden, welches auch die Bestimmung jener Ausnahmen und Beschränkungen, soweit solche nicht schon unmittelbar aus dem Gesetzbuche selbst sich ergeben, vorbehalten sind.

c) Das Einführungsgesetz wird nach den vorliegenden Entwürfen noch einige andere, das geltende Reichsrecht betreffende Vorschriften, sowie außer den bereits erwähnten noch einige andere Vorbehalte zu Gunsten des Landesrechts enthalten, namentlich zum Zweck der Aufrechterhaltung solcher landesgeschichtlicher Rechtsnormen, welche im engsten Zusammenhange mit dem öffentlichen Rechte stehen, oder zum Zweck der Lösung von Zweifeln, welche in Ansehung der fortlaufenden Geltung gewisser Rechtsnormen infolge sich erheben können, als sich deren privatrechtlicher Charakter in Frage stellen läßt. Diese Vorschriften und Vorbehalte einzelnen aufzuführen, ist gegenwärtig und so lange die Berathung des Einführungsgesetzes nicht abgeschlossen ist, nicht angängig. Einige derselben ergeben sich übrigens schon aus verschiedenen dem vorliegenden Entwurfe an den einschlagenden Stellen beigefügten Noten.

d) Das Einführungsgesetz wird außerdem zu bestimmen haben, inwiefern die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuchs auf die privatrechtlichen Verhältnisse der Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familien, sowie der fürstlichen Familie Hohenzollern keine Anwendung finden, und inwiefern die privatrechtlichen Verhältnisse der vormals reichsstädtischen, seit 1806 mittelbar gewordenen Familien nach besonderen, von den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuchs abweichenden Rechtsnormen zu beurtheilen sind.

Das Immobilarsachenrecht, wie es im Entwurfe geregelt ist, erfordert die Erlassung einer über das formelle Verfahren in den Grundbuchsachen bestimmenden Grundbuchordnung. Diese eignet sich wegen ihres überwiegend reglementären und formellrechtlichen Charakters nicht zur Aufnahme in das bürgerliche Gesetzbuch, während es auf der anderen Seite bedenklich erscheint, sie im vollen Umfange dem Landesrecht zu überlassen, weil, wie die Berathung des Sachenrechts ergeben hat, verschiedene Vorschriften, welche als Ordnungsvorschriften der Grundbuchordnung vorbehoben waren, mit materiellrechtlichen Vorschriften des Entwurfs in so enger Verbindung stehen, daß sie ein im Wege der Reichsgesetzegebung zu sicherndes einheitliches Recht erfordern dürften, damit nicht die Einheitlichkeit des materiellen Sachenrechts gefährdet werde. Es versteht sich von selbst, daß das die Grundbuchordnung enthaltende Reichsgesetz sich in engen Schranken halten und durchgehends das nur Reglementare der Landesgesetzegebung oder Landesjustizverwaltung zur Erledigung überlassen kann.

Der Entwurf einer solchen Grundbuchordnung nebst Motiven ist von dem Redactor des Sachenrechts bereits ausgearbeitet und zur Vorlage gebracht.

Des weiteren beschäftigt sich der Bericht mit den Vorschriften der Iwangossollstreckung in das unbewegliche Vermögen, deren Zusammenstellung in Form eines Reichsgesetzes von dem Redactor des Sachenrechts bereits in Angriff genommen ist, mit dem Versfahren in den Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit, mit verschiedenen in Folge der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuchs unerlässlich werdenden Änderungen und Ergänzungen der Reichscivilprozeßordnung und der Reichsconcursordnung, mit der besonderen Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke, deren reichsrechtliche Regelung die Commission für umstatthaft hält, mit Vorschriften über das internationale Privatrecht, welche war nicht in das bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen, aber doch berathen und festgestellt sind, und schließlich mit der Frage des Erlasses von allgemeinen Vorschriften über die zeitliche Collision der Gesetze, auf welche Angelegenheiten wir zurückzukommen später Gelegenheit nehmen werden.

## Deutschland.

\* Berlin, 11. Januar. Aus San Remo wird dem „B. Lgl.“ telegraphisch gemeldet: Der Kronprinz fuhr soeben in Begleitung der Kronprinzessin, des Erbprinzen von Meiningen und des Dr. Krause aus. Das Aussehen des hohen

Patienten ist vor trefflich. Eine unerklärliche Nichtwürdigkeit wurde gegen den Kronprinzen verübt, indem sämtliche Lieblingshunde desselben von unbekannter Hand vergiftet wurden.

\* [Eine Majestätsbeleidigungssache.] Der Rathsherr und Mühlenbesitzer Herr Graetz in Sprockau, der bewährte Führer der freisinnigen Partei im Wahlkreise Gagau-Sprottau, wurde bekanntlich vor einiger Zeit ein Opfer conservativer Denunciationssucht, weil er die Thronrede, womit der jüngste Reichstag eröffnet worden ist, einer äußerlichen Kritik unterzogen und sich dadurch der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben sollte. Der incriminierte Vorfall hat sich, der „Br. M.-Igl.“ zufolge, in einem der besten Bierlokale Sprockaus in folgender Weise abgespielt: Herr Graetz saß mit mehreren Freunden gemacht beim Glase und in einer Entfernung hatten sich einige Offiziere a. D. hochgestellt Beamte, niedergelassen. Da kommt das schon vorher wegen der Reichstags-Eröffnung angekündigte Extrablatt des „Sprockauer Wochenblatts“ mit einem ganz winzigen telegraphischen Auszuge aus der Thronrede. Herr Graetz liest denselben mit der Bemerkung: „Die Thronrede ist Quatsch!“ Sofort schwält einigen der Herren Beamten der Hamm, es entsteht ein erregter Wortwechsel, und obgleich der älteste anwesende Offizier a. D. sich erhebt und die Erklärung abgibt, daß Herr Graetz sein Urtheil nur auf das unbefriedigende Telegramm des Extrablattes begegnet hat, — Herr Graetz wird wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Der Fall erregt peinliches Aufsehen. Um so größer ist jedoch die Freude, daß auf Grund der Ergebnisse der stattgehabten Voruntersuchung eine Anklage wegen Beleidigung des Kaisers nicht erhoben werden kann.

\* [Der Reichstagsabgeordnete Hasenclever], welcher sich bekanntlich seit nehezu drei Monaten in einer Privat-Irenanstalt in der Nähe von Berlin befindet, wird, der „Germ.“ zufolge, am 16. Januar entmündigt, da auf seine Genebung nicht mehr zu hoffen sei. Es würde dadurch eine Neuwahl im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreise erforderlich werden.

\* [Bei der Frage der Altersversorgung] wird der „Magd. Igl.“ berichtet: Es wird jetzt an maßgebender Stelle in Erwägung geogen, ob nicht bei der Alters- und Invalidenversicherung dem jugendlichen Alter eine höhere Leistung aufuerlegen sei.

\* [Partei und Presse.] Die „Liberale Correspondenz“ schreibt: Die „Nat. Igl.“ verwechselt auch heute wieder die „Frei. Igl.“ mit Herrn Richter, den sie mit der ihr eigenhümlichen Kenntnis der Dinge den „thatächlichen Führer der Partei“ nennt, und droht ergötzlicher Weise der „Lib. Corr.“ mit der Desavouirung durch Herrn Richter. Ein anderes nationales Blatt dagegen färbt von Misshelligkeiten im Schoße der freisinnigen Partei, weil die „Bresl. Igl.“ die Frage der Regierung „im ganzen correct und unbefangen“ behandelt hat. Uns will scheinen, als ob die Nationalliberalen alle Ursache hätten, vor der eigenen Thür zu kehren.

\* [Bürgerlich des Lehrerstandes] enthält die „Preußische Schulzg.“ ein recht bitteres, doch darum nicht minder wahres Wort. Es heißt dort: Nach dem am 27. Juni 1871 erschienenen Gesetz, die Berufung des Reichsheeres betreffend, erhält die Witwe eines Unteroffiziers 252 und die Witwe eines Feldwebels 324 Mk. Die Witwe eines Berliner Maurers aber zieht nach dem neuen Unfallversicherungs-Gesetz mit drei Kindern 765, mit zwei Kindern 635, mit einem Kind 445, und nur dann, wenn sie ganz allein steht, erhält sie eine so niedrige Pension, wie die Witwe eines preußischen Volksschullehrers, der drei Examens bestanden haben muß, nämlich 250 Mk. Für die Witwe eines Steinträgers können sich event. die angeführten Beträge noch höher gestalten. Die Maurerwitwe bezieht die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung. In letzterem Falle erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Absindung. Für jedes hinterbliebene Kind wird die festgelegte Rente bis zum zurücksgelegten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Lehrermitwitwe erhält die Rente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wied

\* [Die Vertreter der hiesigen Innungen] waren gestern Abend im „Deutschen Gesellschaftshause“ zusammengekommen, um über die im April d. J. zu veranstaltende Lehrlingsarbeiten-Ausstellung, verbunden mit einem Bazar, zu berathen. Bei der geschildr. Berathung wurde bestont, daß die Prämien nur an solche Lehrlinge vertheilt werden sollen, deren Arbeiten fehlerfrei sind; auf den Umfang und die Ausstattung der Arbeit soll weniger Gewicht gelegt werden. Um jedes Vorurtheil bei der Prämierung zu unterdrücken, soll an den betreffenden Arbeiten nicht, wie früher, der Name des Lehrlings und des Meisters verzeichnet werden, sondern die einzelnen Arbeiten erhalten laufende Nummern mit einem Zettel, auf dem nur die Lehrzeit und das Alter des Lehrlings vermerkt ist. Bei Stücken, an welchen verschiedene Handwerker gearbeitet haben, soll ganz genau angegeben werden, welche Theile von anderen als vom dem Aussteller gefertigt sind. Von den Schülern der Fortbildungsschulen sollen neben den Werkstattsarbeiten auch die in der Schule gefertigten Arbeiten niedergelegt werden. Während diese Collectio-Ausstellung in dem Corridor des Franziskaner-Abteys untergebracht werden wird, soll im Concertaal der gleichzeitig entriete Bazar zu Gunsten der Altersversorgungskasse Unterkunft finden. Letzterer soll im allgemeinen in derselben Art und Weise wie derjenige vor 4 Jahren stattfinden. Auch die Nicht-Innungsmäster werden zur Besichtigung derselben eingeladen werden. Von der kgl. Commandantur wird die unentgeltliche Hergabe der Militär-Musikkapellen zu Concertaufführungen erbeten und dem Herrn Oberpräsidenten die Genehmigung zur Ausgabe von 3000 Losen à 50 Pf. nachgeleistet werden. Schließlich macht der stellvertretende Vorsitzende, hr. Herzog, noch bekannt, daß die Erlernung des „Samariterdienstes“ seitens der hierzu gewählten Maurer- und Zimmergesellen in nächster Woche beginnen soll. Ferner erlässt der selbe Bericht über den Empfang der Gewerbs-Deputation bei dem Jubiläum des Hrn. Oberbürgermeisters v. Winter und erwähnt, daß die Schiffszimmergesellen-Brüderhaft Werte darauf gelegt hat, am Tage vor dem Jubiläum dem Hrn. Jubilar unter Übergabe eines silbernen Pokals separat ihre Gratulation darzubringen.

\* [Werbot hypnotischer Vorstellungen.] Gänmitlichen Provinzialbehörden des preußischen Staates ist ein Gutachten der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen in verschärfende Erinnerung gebracht worden, welches sich über die Veranstaltung öffentlicher Vorstellungen der Magnetiseure ausspricht. Das Gutachten gelangt zu dem Schluss, daß es sich bei den gedachten Vorstellungen um physiologische Experimente handele, welche die Möglichkeit einer Schwächung der Gesundheit der dabei als sogenannte Medien benutzten Personen mindestens sehr nahe legen. Die Veranstaltung solcher Vorstellungen soll auf keine Weise mehr gestattet werden.

\* [Du der gestrigen Auflaufs-Affäre] in der Ziegengasse, über welche in der Morgen-Ausgabe berichtet ist, erfahren wir, daß H. durch vorgelegte Papiere sich allerdings als Vertreter eines „Scheiben-Reinigungs-Instituts“ in Stettin ausgewiesen hat. Derselbe er sucht uns ferner um die Bemerkung, daß er selbst einen der in Folge des Auflaufs erschienenen königl. Schutzeute geben habe, ihn zur Polizei zu geleiten. Die von der Polizeibehörde in Stettin erbatene Auskunft ist jedoch noch nicht eingetroffen.

\* [Kassendiebstähle auf der Altstadt.] Nachdem vor etwa vier Wochen der Frau Werner, Inhaberin der Meierei Paradiesgasse Nr. 5, eines Abends etwa 7 Uhr aus dem Ladentische die Kasse von ca. 28 Mk. nebst Schieblebe, in der das Geld sich befand, gestohlen war, wurde am vergangenen Sonnabend, Abends gegen 9 Uhr, der Brodbändler Krause, Paradiesgasse Nr. 3, in gleicher Weise die Ladenkasse mit ca. 15 Mk. entwendet. Obgleich in beiden Lokalen das Wohnummer sich nicht neben dem Laden befindet, so hat man nichts von dem Diebstahl gehört. Bisher ist nichts von dem Thäter entdeckt, der übrigens, nach der Aufführung der That zu schließen, ein und dieselbe Person zu sein scheint.

\* [Kinderpest in Polen.] In fünf Ortschaften der russischen Kreise Lash und Lobi ist wieder die Kinderpest aufgetreten. Es sind bis jetzt 4 Glüh-Wiege gefallen, 23 kranke und 364 verdächtige Stück getötet worden.

[Polizeibericht vom 12. Januar.] Verhaftet: 8 Obdachlose, 7 Bettler, 2 Dürren. — Gefunden: 1 Portemonnaie mit Inhalt. Abzuholen von der Polizei-Direction.

Erling, 11. Januar. Heute Vormittag wurde hier das Gericht von einem grauenhaften Morde verbreitet, welcher in Terranova in verschärfener Nacht verübt ist. Einige Nachbarn des dort wohnhaften Hauseigentümers Drehner bemerkten heute früh, daß in dem Hause des leichten Feuer ausgebrochen war; sie eilten hinzu und fanden den D. mit durchschlitzten Augeleb in seinem Blute liegend vor. Man vermutet, daß bei D. ein Raub ausgeführt, der Beraubte ermordet und das Haus in Brand gesteckt worden ist, um so die Spuren vom Verbrechen zu vernichten. Das Haus soll vollständig niedergebrannt sein. (Ebd. 3.)

Löbau, 10. Januar. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung nahm die Vorlage, betreffend die Übernahme unseres Progymnasiums durch den Staat vom 1. April d. J. ab, einstimmig an. Es steht zu erwarten, daß auch der Landtag hierzu seine Zustimmung geben wird. Die Anstalt wird zur Zeit von ungefähr 150 Schülern besucht. (Th. D. 3.)

Kulm, 11. Januar. Nicht auf die barmerhigen Schwestern, wie neulich die „Gaz. Torunskia“ gemeldet hat, sondern auf den Vincenz-Frauenverein soll sich, wie es jetzt heißt, die polizeiliche Überwachung der Versammlungen erstrecken.

Horn, 11. Januar. Vom Kronprinzen ist auf das mit der üblichen, alljährlichen Pfefferkuchenfest begleitete Grataulationschreiben der hiesigen städtischen Behörden zum neuen Jahre folgende Antwort eingegangen: „Die Mir von der Bürgerschaft der Stadt Horn beim Jahreswechsel, mit Ueberreichung der in der Ferne doppelt willkommenen Festgabe, ausgesprochenen freundlichen Glückwünsche haben Mich aufrichtig erfreut. Gern erkenne Ich auch in der Mir aus Anlaß der bevorstehenden Vermählung Meines Sohnes beispielhaft Teilnahme den Ausdruck treuer und anhängerlicher Gesinnung und verbinde mit Meinem aufrichtigen Dank die Versicherung Meines unveränderlichen Wohlwollens für die Stadt und ihre Einwohner. San Remo, 1. Januar 1888. Friedrich Wilhelm.“

Gösin, 10. Januar. Von der Griften eines „neuen Robinson“ machte, wie ein Correspondent der „N. St. J.“ erzählt, am 25. v. Mts. der Jäger Jeske aus Wissichen an der Laage-Damerorter Grenze in den See-Dünen eine Entdeckung. Dort ging Jeske am genannten Tage mit seinem Hund an einer sonst von Menschen wenig oder garnicht besuchten Stelle entlang, als sein Hund plötzlich in den Dünen verschwand, ohne daß Jeske ermitteln konnte, wo er geblieben. Nach einiger Zeit kam der Hund indeß hinter einem kleinen Strauch wieder zum Vorschein. Der Jäger forschte hier nach und entdeckte dahinter in der Düne ein Loch, das kaum so groß war, einen Menschen durchkriechen zu lassen; er ließ sich die Mühe nicht verdrießen, kroch durch die kleine Höhle und kam bald in einen geräumigeren Gang und schlüpfte in eine ca. 6 Fuß im Quadrat große Höhle, in der sich zwar kein Mensch befand, die aber deutliche Anzeichen der bisherigen Anwesenheit eines solchen ergab. Es fanden sich mancherlei Gegenstände, die eben nur zum Gebrauch für Menschen sich eignen: eine Blechkanne mit Wasser, eine Bratpfanne, ein Schnapskrug, ein Beil, 2 Stücke von einem Gacke, ein Paket Kien, eine kleine Petroleumlampe und vier Petroleumflaschen, davon eine noch gefüllt, endlich eine Kochplatte aus englischem Leder, wie sie Graftsangene tragen. Der unbekannte Höhlenbewohner wurde nicht vorgefunden; der selbe ist aber schon längere Zeit vorher von den Fischern am Strand bemerkt worden. Mit welchem Eifer und Geschick der Unbekannte seine unterirdische Wohnung hergestellt hat, erhellt daraus, daß die Höhle ganz mit Rohr ausgekleidet und die Decke noch besonders befestigt war. Die nach

dem Höhlenbewohner angestellten Ermittlungen verließen erfolglos.

a. Königsberg, 11. Januar. Die Stadtverordneten traten gestern zum ersten Male im neuen Jahre zusammen und wählten das bisherige Bureau, bestehend aus Commerzienrat Weller (Vorsitzender), Justizrat Hagen (Stellvertreter), Bankdirektor Berndke und Kaufmann Krohne (Schriftführer), wieder. Im weiteren wurde das Regulatio betreffs Erhebung des Zuschlags zur Grund- und Gebäudesteuer mit 33½ Prozent als Gemeindesteuer genehmigt. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung, welcher eine lebhafte Discussion hervorrief, bildete die Frage betreffs Errichtung eines städtischen Schlachthofes. Nach langerer Debatte nahm die Verfassung den Antrag des Magistrats an, für unsere Stadt einen mit den in den Gesetzen vorgehebenen Befugnissen ausgestatteten öffentlichen Schlachthof als Gemeindeanstalt zu errichten und in Verbindung mit denselben einen communalen Viehhof anzulegen. Das dafür in Aussicht genommene Terrain ist etwa 1 Kilometer oberhalb der Stadt in der Nähe des alten Pregelarmes gelegen. Schließlich wurde auch noch die Convertrirung des letzten Festes der städtischen 4%igen Anleihe von 1881 im Betrage von 867 000 Mark geschlossen. Auch diese Convertrirung wird wiederum der Sparkasse übertragen und die Convertrirungsprämie auf 3 Proc. der Cours auf 96¾ festgesetzt.

Königsberg, 11. Januar. Von unserem Kronprinzen erhielt Prof. Feltz Dahn heute das nachstehende eigenhändige Schreiben: „San Remo, 6. Januar. Ihr an mich gerichteter dichterischer Weihnachtsgruß spielt in meinflüssiger Weise auf die Empfindungen an, welche die zahllosen aus der Heimat wie auch seitens des Auslandes mir hundgeworden, mich tiefs bewegenden Zeichen der Theilnahme an meiner Erkrankung mächtig in mir hervorruften mußten. Herzlich dankbar für die mir bereitete Aufmerksamkeit, werde ich dieses neueste Ihrer Feder entprossene Ergebnis den bereits aus früheren Jahren stammenden Werken des gefeierten Schriftstellers unserer „Albertina“ beigegeben. Friedrich Wilhelm.“ — In der Privatklagejache des Vorsteigers des hiesigen Handwerkervereins Herrn C. Schmidt wider den Rebedauer der conservativen „Ostpreußischen Zeitung“ Herrn Adams wegen mehrfacher Beleidigungen durch die Presse stand heute in der Verfassungsinstanz Termin zur Verhandlung vor der Strafkammer an. Der Angeklagte war vom hiesigen Schöffengerichte freigesprochen, und der Kläger hat gegen die Entscheidung die Berufung eingelegt. In der Sache selbst handelt es sich um die im vorigen Jahre erfolgte polizeiliche Auflösung einer Versammlung des Handwerkervereins, in welcher der Kläger eine Gedächtnisrede auf Dr. Johann Jacoby hielt, welche Auflösung der Regierungspräsident als nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend bezeichnet hat. Aus diesem Vorfall entsprangen mehrere Artikel in der „Ostpreußischen Zeitung“, durch die sich hr. Schmidt beleidigt gefühlt hat. Der Gerichtshof erkannte auf Verwerfung des Urteils des Schöffengerichts und Verurtheilung des Herrn Adams wegen Beleidigung in mehrfachen Fällen zu 100 Mk. event. 10 Tagen Gefängnis und Publicationsbefugniß des Klägers.

(R. h. 3.)

Inowrazlaw, 10. Januar. Raum 8 Tage, nachdem die Rekruten den Fahnenstiel geschworen, hat einer derselben, wie man sagt, ein früherer Droschkenschaffner aus Berlin, sich erdreistet, seinem Gefreiten öffentlich einen derben Badekostreit zu versetzen. Der Schläger ist wie folgt verurtheilt: 5 Jahre 2 Wochen Gefängnis, 3 Jahre Einreihung in die arbeitercolonie und Ausstossung aus der Armee.

### Bermischte Nachrichten.

Weimar, 11. Januar. Heute Mittag fand, wie der Post gemeldet wird, eine Explosion von Feuerwerkshörnern in einem Nebraum des Hoftheaters statt. Ein Maschinemeister ist schwer verletzt. Das Gebäude ist unbeschädigt.

Köln, 10. Januar. Die erste englische Post vom 10. über Ostende ist ausgeblieben. Grund: Verhältnisse

Entsprechend des Schiffes in Folge ungünstiger Witterung. Soh., 10. Januar. Die erste englische Post vom 10. über Flüsse ist ausgeblieben. Grund: Starke Gewitter, 3 Jahre Einreihung in die arbeitercolonie und Ausstossung aus der Armee. (W. L.)

### Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 12. Jan. (W. L.) Der Kaiser, dessen Besinden gestern recht befriedigend und schmerzfrei war, verbrachte einige Zeit außer dem Bett. Die letzte Nacht schlief der Kaiser gut, mit einmaliger kurzer Unterbrechung.

London, 12. Januar. (W. L.) Die „Times“ läßt sich von außerhalb telegraphiren, die Post hätte sich auf Ansuchen der Mächte bereit erklärt den Coburger aufzufordern, Sofia zu verlassen. Eine andernartige Bestätigung der Nachricht, die jedenfalls den Thatsachen voraussetzt, liegt hier nicht vor.

Petersburg, 12. Januar. (W. L.) Das „Journal de St. Petersburg“, den Putsch in Burgas beobachtend, sagt, durch Handstreiche könne die bulgarische Frage nicht in legale Bahnen geleitet werden; solche zu schaffen, sei ein zu erstrebendes Hauptziel im Interesse des Landes und der allgemeinen Ruhe.

Das Budget enthält an ordentlichen Einnahmen 851 767 628 Rubel, an Ausgaben 851 242 423 Rubel, an außerordentlichen Einnahmen 33 724 895 Rubel, an Ausgaben 34 250 100 Rubel. Der „Börsenzeitung“ folge lenkt der Bericht des Finanzministers die besondere Aufmerksamkeit darauf, daß das Kriegsbudget etwas herabgemindert sei, was die grohe aufrichtige Friedensliebe Russlands beweise, der Friedenspolitik des Zaren hoffentlich zum Siege verhelfen werde.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 12. Januar.

	Ges. v. 11.	Ges. v. 11.
Weizen, gelb	4% russ. Anl. 80	78,40 78,30
April-Mai ..	170,00 169,50	34,30 34,20
Mai-Juni ..	172,50 172,00	85,00 84,70
Rogen	Cred.-Actionen	139,20 139,00
April-Mai ..	125,20 125,20	Dist. Comm. 191,80 191,90
Mai-Juni ..	127,20 127,20	Deutsch. Bk. 163,50 163,90
Petroleum pr.	200 % loco	98,75 98,75
25,40 25,40	Deft. Noten	160,60 160,55
Röbel ..	Röbel. Noten	177,00 176,50
48,00 48,00	Wärth. kurs	176,25 175,90
Mai-Juni ..	20,35 20,35	London kurz 20,25 20,35
48,30 48,30	London lang	20,28 20,28
Spiritus	April-Mai ..	Russische 5% CW-B. g. a. 58,75 58,90
100,00 100,10	D. A. g. a.	—
100,70 100,80	D. Privatbank	137,50
106,90 107,00	D. Delmuth	119,00 117,60
98,50 98,50	D. Priorität	113,25 113,25
98,50 98,50	Marokka-G. P.	107,20 107,20
92,90 92,90	D. St. A.	51,90 52,00
78,20 78,20	Dörr. Gl. 100 %	69,60 69,75
53,10 53,10	Dist. Russ. Kuff.	92,20 92,20

London, 12. Januar. Die Bank von England setzte den Discont auf 3½% herab.

Hamburg, 11. Jan. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, fast holsteinischer loco 162 bis 166. Rogen loco fest, medlenburgischer loco neuer 122 bis 128. Röbel ruhig, fast 90 bis 96. Hafer und Gerste ruhig. Röbel ruhig, endlich eine Kochplatte aus englischem Leder, wie sie Graftsangene tragen. Der unbekannte Höhlenbewohner wurde nicht vorgefunden; der selbe ist aber schon längere Zeit vorher von den Fischern am Strand bemerkt worden. Mit welchem Eifer und Geschick der Unbekannte seine unterirdische Wohnung hergestellt hat, erhellt daraus, daß die Höhle ganz mit Rohr ausgekleidet und die Decke noch besonders befestigt war. Die nach

Frankfurt a. M., 11. Januar. Effecten-Societät (Schluß). Credit-Aktion 214%, Franzosen 169%, Lombarden 67%, Aegeptor 74,25, 4% ungar. Goldrente 1880er Russen 77,90, Gotthardbahn 114,40, Disconto-Commandit 187,30, Gelsenkirchen Bergwerksaktion 114,10, Befolgt.

Tirol, 11. Januar. (Schluß-Courte.) Oester. Papierrente 78,35, do. 90,20, do. Gilberrente 80,90, 4% Goldrente 110,10, do. ungar. Gold 97,20, 5% Papierrente 82,90, 1884er Loote 132,50, 1880er Loote 134,75, 1884er Loote 164,75, Creditcofe 177,00, ungar. Braintenloote 119,50, Creditactien 269,30, Franzosen 110,60, Lombarden 84,00, Galizier 193,00, Lemb.-Tiern. 209,50, Bardubitz 149,00, Nordwestbahn 153,00, Elbthalbahnen 152,00, Kronprin. Gold 177,50, Nordbahn 2455,00, Unionbank 188,00, Anglo-Aust. 99,75, Wiener Bankverein 86,00, ungar. Creditactien 272,00, deutsche Bläke 62,30, Londoner Wechsel 128,80, Pariser Wechsel 50,12½, Amsterdamer Wechsel 105,10, Napoleons 10,04, Dukaten 5,96, Marknoten 62,30, russ. Banknoten 1,10, Gilbercoupons 100,00, Länderbank 205,75, Tramvan 206,50, Tabakactien 100,00.

Amsterdam, 11. Januar. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per März 191, per Mai 192. Roggen auf Termine unverändert, auf Termine geschäftlos, per März 105–106–105, per Mai 106–105–104–105, per Oktober 108–109–108. Röbel loco 28, per Mai 27, per Herbst 26/8.

Antwerpen, 11. Januar. (Schlußbericht.) Petroleummarkt. Raffineries, Linje weiß, loco 1½, Futter 88, Mittel 86, Tonne 90, Öl, Mittel 86, Futter 85, 86 M. per Tonne gehandelt. — Weizenkleie grobe 3,65, 3,70 M. mittel 3,07½, 3,10, 3,15, 3,30, 3,35, 3,40 M. feine 2,65 M. per 50 Kilo bezahlt. — Spiritus loco contingentier 47 M. Gd. nicht contingentier 29½ M. Gd.

### Productenmärkte.

Königsberg, 11. Januar. (v. Portatius u. Grothe) Weizen per 1000 Rilo hochbunter 126½, 141, 127½, 148, 25, 128½, u. 129½ 153, 130½ u. 132½ 151, 155, 25, 131½ 153 M. bezahlt, bunter 129/30½ 151, 155, 25, 132½ 154, 155, 25, 133½ 154 M. bez. — Roggen per 1000 Rilo inländisch 108½, 118½, 93, 75, 119/20 106, 92, 50, 120/14 100, 12

